

Die Politik in Tschechien nach den Wahlen 2006¹

Miroslav Mareš

(mmares@fss.muni.cz)

Institut für komparative Politikforschung (ISPO) an der Fakultät der Sozialstudien der
Masaryk-Universität

Vorlesung, Tschechisches Zentrum – Czechpoint, Berlin, 22. September 2006

¹ Der vorliegende Beitrag wurde im Rahmen des Forschungsprojektes „Politische Parteien und Vertretung der Interessen in den europäischen Demokratien von heute“ (Code MSM0021622407) erarbeitet.

Wahlen zum Abgeordnetenhaus in der Tschechischen Republik haben die politische Situation grundsätzlich verändert und gleichzeitig auch kompliziert. Die Ergebnisse haben die politische Situation – im Sinne der problematischen Regierungsbildung – geblockt. Die Entstehung einer Regierung mit einer Mehrheit im Abgeordnetenhaus, die aus programmatisch nahestehenden Parteien entstehen konnte, hat sich auf Grund der Mandatenverteilung als sehr schwer erwiesen. Die Situation nach den Wahlen hat eine neue Welle der Diskussionen über eine grundsätzliche Reform des tschechischen politischen Systems hervorgerufen.

1. Situation vor den Wahlen und die Wahlkampagne

Tschechien hat seit 2002 die Regierung gehabt, die aus der Tschechischen Sozialdemokratischen Partei (ČSSD), aus der Christlich Demokratischen Union – Tschechoslowakischen Volkspartei (KDU-ČSL) und aus der liberalen Union der Freiheit – Demokratischen Union (US-DEU) gebildet wurde. Diese Regierung hat im Abgeordnetenhaus über eine Mehrheit von 101 Stimmen disponiert. Das wichtigste Thema, das die anders programmatisch verschiedenen Parteien vereinigt hat, war die sogenannte „für-Europäische“ Orientierung.

Beide Oppositionsparteien in der Legislaturperiode 2002 – 2006, d. h. konservativ-liberale Bürgerliche Demokratische Partei (ODS) und die Kommunistische Partei Böhmens und Mährens, haben gegenseitig meistens nicht zusammengearbeitet. Aber die bürgerlichen Demokraten haben im Jahr 2003 ihren seiner ehrlichen Vorsitzenden Václav Klaus mit Hilfe von Abgeordneten aus weiteren Parteien (wahrscheinlich auch einzelnen Kommunisten) zum Präsidenten der Tschechischen Republik gewählt. Die ODS hat unter dem Vorsitzenden Mirek Topolánek (im Amt seit Dezember 2002) Erfolge in Europa-Wahlen, in Regionalwahlen sowie in Senat-Wahlen erzielt.

Die Regierungskoalition von ČSSD, KDU-ČSL und US-DEU hat im Jahr 2005 eine schwere Krise erlebt, als der Ministerpräsident Stanislav Gross wegen seiner Wohnungsaffäre zurücktreten musste. Der schärfste Kritiker an Gross war Vorsitzender der Christlichen Demokraten Miroslav Kalousek. Die Sozialdemokratie hat damals sehr niedrige Präferenzen in Umfragen gehabt. Aber der neue Prämier Jiří

Paroubek (ČSSD) hat die Popularität der Partei wieder erhöht, u.a. wegen seines rasanten politischen Stills.

Im Abgeordnetenhaus hat die ČSSD während Genehmigung wichtiger Gesetze mehr mit den Kommunisten als mit den Koalitionsparteien zusammengearbeitet. Diese Zusammenarbeit hat den innerparteilichen Beschluss aus dem Jahr 1995 (so genannter Bohumín – Beschluss), der die Regierungszusammenarbeit mit der KSČM verbietet, in Frage gestellt.

Die potentielle Erneuerung der Koalition wurde schon vor den Wahlen in 2006 kaum vorstellbar, nicht nur wegen Streite zwischen den Koalitionsparteien, sondern auch wegen sehr niedriger Präferenzen der Liberalen aus der US-DEU. Die Rolle des Repräsentanten der liberal-zentrisch orientierten Strömung in der tschechischen Politik (nahe dem Konzept der „nicht-politischen“ Politik von Václav Havel und seinen Anhängern) hat die Grüne-Partei besetzt. Diese Partei hat zwar seit 1989 in Tschechien existiert, aber erst nach der Erneuerung der Mitgliederbasis in 2002-2003 ihren Neubeginn gestartet hat und nach der Wahl von Miroslav Bursík zum Vorsitzenden im 2005 die Mittel-Rechtsorientierung gewonnen hat (was aber ein Teil der Mitgliederbasis nicht akzeptiert hat).

Die Wahlkampagne vor den Wahlen 2006 war stark personalisiert als ein Kampf zwischen Mirek Topolánek und Jiří Paroubek (der auch zum Vorsitzenden der ČSSD gewählt wurde). Die wichtigsten Medien haben diese Optik übernommen, was die anderen Parteien kritisiert haben. Eine sehr wichtige Rolle hat auch die sog. Kubice - Affäre gespielt, d. h. die Veröffentlichung eines geheimen Berichts einer Polizeibehörde (geführt von Jiří Kubice), der eine Beziehung zwischen der Sozialdemokratie (einschließlich Jiří Paroubek) und der organisierten Kriminalität beweisen sollte. Die Informationen in diesem Bericht wurden bis heute nicht bestätigt.

Die ODS, die KDU-ČSL und die Grünen haben auch vor der „kommunistischen Gefahr“ und vor der möglichen Koalition von der ČSSD und der KSČM gewarnt. Aus sektor-politischen Themen haben die wichtigste Rolle die Steuerreform, die Gesundheitssystemreform und Rentnerreform gespielt. Im Vergleich mit den Wahlen in 2002 wurden die europäischen und außenpolitischen Themen nur sehr gering genutzt.

2. Wahlergebnisse

Die Wahlen zum Abgeordnetenhaus haben sich am 2.-3. Juni 2006 stattgefunden. Die Wahlbeteiligung hat 65% der Wahlberechtigten erreicht, was um 7% mehr als im Jahr 2002 ist. Der größte Anteil der Stimme – 35,38% (1 892 475), hat die ODS gewonnen. Diese Partei hat 81 Mandate erhalten. Den zweiten Platz hat die ČSSD mit 32,32% (1 728 827) und 74 Mandaten besetzt. Dritte war die KSČM mit 12,81% (685 328) der Stimmen und 26 Mandaten. Den vierten Platz hat die KDU-ČSL mit 7,22 (386 706) und 13 Mandaten besetzt. Erstmals in Wahlen zum Abgeordnetenhaus in der unabhängigen Tschechischen Republik hat die Grüne Partei die 5% Hürde mit 6,29% (336 487) der Stimmen und mit 6 Mandaten überschritten. Außerhalb des Abgeordnetenhauses sind die mittel-rechtsorientierte SNK – Europäischen Demokraten (2,08%, 111 724), die euroskeptische Protestpartei Unabhängige Demokraten (Vorsitzender Vladimír Železný)(0,68%, 36,708) sowie kleine rechtsextreme und andere Parteien geblieben.

Tab 1. Abgeordnetenhauswahlen in der Tschechischen Republik 2006/2002

Partei	2006 (%)	2006 (A)	2006 (M)	2002 (%)	2002 (A)	2002 (M)
ODS	35,38	1892475	81	30,20	1440279	58
ČSSD	32,32	1728827	74	24,47	1166975	70
KSČM	12,81	685328	26	18,51	882 653	41
KDU-ČSL	7,22	386706	13	K	K	K
SZ	6,29	336487	6	2,36	112 929	0
SNK-ED (2002: SN)	2,08	111 724	0	2,79	132 699	0
US-DEU	0,30	16 457	0	K	K	K
Koalition (KDU-ČSL + US-DEU)	-	-	-	14,27	680 671	31 (23 KDU, 9 US)

Die ODS hat große Erfolge unter den Wählern bis 44 Jahre erzielt und hat auch die Stimmen von 39% Erstwählern gewonnen. Diese Partei hat auch eine starke

Unterstützung unter den Bürgern mit höherem Bildungsabschluss (45%). Die Sozialdemokraten und Kommunisten sind stark unter den Bürgern mit niedrigem Bildungsabschluss und unter älteren Leuten. Die christlichen Demokraten sind stark im Römisch-katholischen Milieu. Die Grüne Wählerschaft ist meistens jung (16,2% der Erstwähler) und hoch ausgebildet. Aus dem regionalen Gesichtspunkt waren die bürgerlichen Demokraten stärker in böhmischen Regionen (mit der Ausnahme des Ústecký-Kreises), derweil die Sozialdemokraten in mährischen Regionen gewonnen haben.

Die Wahlergebnisse können zu einer vereinfachten Bewertung führen, dass diese Wahlen drei Sieger gehabt haben. Die Sieger sind die ODS, die deutliche Stimmengewinne erzielt hat, die ČSSD, die aus der Krise zum relativen Hochgewinn gesteigert hat und die Grünen, die ins Abgeordnetenhaus eingekommen sind. Als Verlierer der Wahlen wurde die KSČM bezeichnet, doch die Nachwahl-Gespräche haben gezeigt, dass die Kommunisten trotz Stimmenverlust eine deutliche Rolle spielen können.

3. Entwicklung nach den Wahlen

Aufgrund der Wahlergebnisse waren verschiedene Regierungskoalitionen und Lösungen vorstellbar, doch alle Varianten haben viele Probleme mitgebracht. Die meisten Kommentare haben die Situation als das Patt gezeichnet, weil die ODS, die KDU-ČSL und der Grünen einerseits sowie die ČSSD und die KSČM andererseits 100 Mandate haben. Die emotiv geprägte Rede von Jiří Paroubek kurz nach der Veröffentlichung der Wahlergebnisse hat die negative Stellung der ODS, der KDU-ČSL und die Grünen gegen die Sozialdemokratie verschärft, weil Paroubek u. a. die heutige Situation zur kommunistischen Machtergreifung im Jahr 1948 angeglichen hat.

Doch in den nächsten Wochen und Monaten wurden verschiedene Varianten diskutiert und die gegenseitigen Animositäten wurden von Zeit zu Zeit vergessen, andersmal wurden diese wieder hervorgerufen. Präsident Klaus hat am 5. Juni Mirek Topolánek mit der Regierungsbildung beauftragt.

In den Sommermonaten wurden zwei wichtige Varianten der Regierung vorbereitet. Die erste Variante war ein Projekt der sog. Dreier-Koalition (ODS + KDU-ČSL + die Grünen = 100 Mandate), der aber wegen eindeutig negativer Haltung der ČSSD und der KSČM ohne Chancen geblieben ist und deshalb wurde er auch beendet.

Die bürgerlichen Demokraten haben auch mit den Sozialdemokraten über mögliche Toleranz für Minderheitsregierung der ODS oder andere Varianten der Zusammenarbeit (insgesamt 155 Mandate) gehandelt, aber diese Gespräche wurden wegen programmatischer sowie persönlicher Streite gestoppt. Als Ergebnis der Verhandlungen wurde aber die provisorische Führung des Abgeordnetenhauses gewählt (einschließlich der Vorsitzende Miroslav Vlček aus der ČSSD).

Mirek Topolánek hat doch die Minderheitsregierung gebilligt, die am 4. September 2006 ernannt wurde. Diese Regierung muss in einer 30-tägiger Frist das Vertrauen des Abgeordnetenhauses gewinnen. Topolánek hat deklariert, dass seine Regierung nur in der Übergangsperiode zu den vorzeitigen Wahlen regieren könnte.

Die Sozialdemokraten und Kommunisten wollen diese Regierung nicht unterstützen (Topolánek und ein Teil der ODS haben an eine mögliche Unterstützung der KSČM gedacht, weil die Kommunisten ein Interesse für Vorzeitwahlen haben könnten). Die Haltung der Grünen und der Christlichen-Demokraten ist geöffnet. Doch beide kleineren Parteien wollen die potentielle Zusammenarbeit der ODS und der ČSSD verhindern, weil sie befürchten, dass die Grosparteien die Mehrheitselemente im Wahlsystem verstärken. Die ČSSD hofft, dass nach Scheitern der Topoláneks-Regierung Jiří Paroubek beauftragt wird, eine neue Regierung zu bilden.

Es ist aber fraglich, welche Varianten Paroubek noch anbieten kann. Die Koalition der ČSSD und der Grünen mit einer Unterstützung der KSČM, sowie die anderen Varianten der Zusammenarbeit dieser drei Parteien, haben bis jetzt die Grünen (besonders alle 6 Abgeordnete) abgelehnt, trotzdem, dass innerhalb der Grünen-Mitgliederbasis eine kleine Unterstützung für diese Zusammenarbeit existiert.

Die Variante der Minderheiten-Regierung der ČSSD und der KDU-ČSL mit der Unterstützung der KSČM (insgesamt 113 Mandate), die Paroubek mit dem Vorsitzenden der Christlichen Demokraten Miroslav Kalousek vereinbart hat, hat die

Führung der KDU-ČSL am nächsten Tag klar abgelehnt und Kalousek (der antikommunistische Rhetorik früher ausgeübt hat) musste auf den Vorsitz resignieren. Die individuelle Kalouseks Unterstützung der möglichen Regierung der ČSSD und KSČM ist nicht wahrscheinlich.

Die Grosse Koalition der ČSSD und der ODS ist sehr unwahrscheinlich in der Situation, wenn die beiden verfeindeten Vorsitzenden im Amt bleiben. Andererseits sind in beiden Parteien Befürworter der großen Koalition (als über eine mögliche Lösung spricht über diese Variante auch Paroubek), doch für die ODS wäre diese Variante sehr problematisch. Die ODS hat jetzt Interesse für vorzeitige Wahlen, weil die Umfragen die Präferenzen über 40% zeigen, während die Sozialdemokraten angeblich nur etwa 30% haben, und außerdem, die Wählerschaft der ČSSD ist nicht so stark an die Partei verbunden wie der Elektorat der ODS oder der KSČM. Die weitere Entwicklung der Regierungsbildung in Tschechien ist also unklar.

4. Konsequenzen für die tschechische Politik

Die politische Pattsituation in Tschechien problematisiert die langfristige politische Lösung der politischen Probleme – u. a. die Gesundheitssystemreform, die Rentensystemreform, die Mietung - Deregulierung etc. In programmatisch heterogenen Koalitionen und im Parteiensystem mit knappen Mehrheiten oder Minderheitsregierungen haben die Parteien Angst, die kurzfristig unpopulären Schritte zu realisieren, weil schon kleine Stimmenverluste die strategische Position einer konkreten Partei schwächen können.

Innenpolitische Verhältnisse haben auch einen Einfluss auf die Klarheit der tschechischen Außen- und Sicherheitspolitik. Während die Sozialdemokraten europäisch-kontinentale linke Ansätze prägen, unterstützen die bürgerlichen Demokraten deutlich die gegenwärtige amerikanische Politik (u. a. befürwortet die ODS als die einzige parlamentarische Partei eindeutig die Entstehung einer Militärbasis des amerikanischen Antiraketen-Systems auf dem tschechischen Gebiet).

Die wiederholte komplizierte Situation nach den Wahlen hat auch diejenige Stimmen verstärkt, die die grundsätzlichen Reformen des Wahlsystem und der Verfassungsreform fordern. Aber die Vorstellungen der einzelnen Parteien sind bisher

sehr unterschiedlich (z. B. die ODS prägt das Mehrheitssystem der relativen Mehrheit, während die Sozialdemokraten die Verstärkung der Mehrheitselemente in bisherigen Verhältnissystem wollen). Ein relatives Einverständnis herrscht in der Frage der Veränderung von Mandaten im Abgeordnetenhaus an eine unpaare Zahl (wahrscheinlich 201).

Doch die gesetzlichen und verfassungsrechtlichen Reformen können nicht die problematischen Verhältnisse unter den einzelnen Parteien lösen. Bis heute hat das tschechische Parteiensystem kein klares Modell der Koalitionsbildung und in diesem Sinne es ist unkonsolidiert. Die KSČM ist einerseits als extremistische und koalitions-unzulässige Partei bezeichnet und andererseits wird sie zu den verschiedenen Verhandlungen über die Regierungsbildung und über die Zukunft des Landes eingeladen. Die Ausschließung der KSČM behindert die Alternation der Regierungen. Andererseits macht die reale „Normalisierung“ der Beziehungen zur KSČM von der Seite der anderen Parteien ihren verbalen Antikommunismus unglaublich. Die Veränderung der Repräsentanten der politisch-liberalen Mitte in jeden Wahlen auch schwächt die Stabilität des Systems sowie die unklare Zukunft der Grünen-Partei.

In der gegenwärtigen tschechischen Politik kann man auch sehr unruhende Phänomene finden, egal ob sie als Wahrheit oder als Versuche um Gewinn des Medieninteresses interpretiert werden. Der Kubice-Bericht, die angeblichen Pläne für Diskreditierung von Jiří Paroubek aus dem ehemaligen Geheimdienstler-Umfeld, kontroverse Informationen über die Gewaltanwendung gegen Linkskandidaten während der Wahlkampagne (angeblich politisch motivierte Gewalt-Attacke gegen den kommunistischen Vize – Vorsitzenden Jiří Dolejš und gegen den ČSSD-Abgeordnete Miroslav Váňa) oder die angeblichen Korruptionsversuche (sog. Affäre Ploc) sind Sachen, die die politische Kultur des Landes ins sehr problematische Licht stellen. Eine schnelle und effektive Lösung der heutigen geblockten Situation und Beendigung der Kriminalisierung und Skandalisierung der Politik wären für das Vertrauen in gegenwärtige tschechische politische Repräsentation sehr wichtig.

Quellen:

- Gehrold, S. (2006): *Koalition ohne Mehrheit*. Prag: Konrad Adenauer Stiftung, Außenstelle Prag (http://www.kas.de/proj/home/pub/11/1/year-2006/dokument_id-8686/index.html)
- Klíč, Z. (2006): *Jaké voliče mají jednotlivé strany*. Cevro Revue Speciál, p. 6 (<http://www.cevro.cz/cs/cevrorevue/aktualni-cislo-on-line/2006/special---volby/67446-jake-vo lice-maji-jednotlive-strany.html>).
- Lebeda, T. (2006): *Tschechisches Patt. Die Wahlen zum Abgeordnetenhaus 2006*. Osteuropa, Heft 7, pp. 95-110.
- Mallota, J. (2006): *Tschechische Republik. Monatsbericht August 2006*. Prag: Hans Seidel Stiftung. (http://www.hss.de/downloads/0608_MB-Tschechien.pdf)
- Tschechien-Online (2006): *Aktuelle Nachrichten aus Tschechien* (<http://www.tschechien-online.org/>).
- Wilke, M. – de Rakt, E. v. (2006): *Die tschechischen Grünen schaffen Einzug in Abgeordnetenhaus*. Prag: Heinrich Böll Stiftung (http://www.boell.pl/download_pl/tschechien2006_gruene.pdf).